

klartext

Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

Zu den Gründungs- dokumenten der neuen Linken

Rosemarie Hein und
Roland Teichmann



Kolumne

Armut(de)batte - unpolitisch |3

TitelAuf gleicher Augenhöhe |4
Suche nach dem richtigen Weg |5**Themen**

GEZ für den PC |6

15 Jahre Landesfrauenrat |7

14 aus 48 |8

Wie groß ist die Welt? |9

Marathon der Demokraten |10

≈ Eine unendlich unwürdige
Geschichte |12

Aktionstag der Gewerkschaften |13

Sport

Projekt Fan |11

Satire

Abgeordneter v. Aktenrath |14

Region

L.U.S.T. in Merseburg |14

Leserbefragung |15**Liebe Leserinnen und Leser,**

■ wenn ein Jahr zu Ende geht, ist es an der Zeit, zurück zu schauen. Zu meinen persönlich positivsten Erfahrungen zählt, wie viele Menschen – Mitglieder unserer Partei oder auch nicht – immer wieder und unermüdlich bereit sind, sich in schwieriger Zeit für andere zu engagieren. Da gab es den Landtagswahlkampf im März, verschiedene Bürgermeisterwahlen in Sachsen-Anhalt, da sind Montagsdemonstrationen, die zum Teil wie in Weißenfels seit über zwei Jahren organisiert werden, da finden sich Bürgerinnen und Bürger zusammen, um gegen den erstarkenden Rechtsextremismus aufzutreten – die Liste ließe sich fortsetzen. Ich möchte all jenen von ganzem Herzen für ihr Engagement danken! Es ist dieses Engagement, auf das wir bauen und von dem wir noch sehr viel mehr gebrauchen können.

Wenn irgendwann in nächster Zeit über das Unwort des Jahres 2006 geredet wird, hat „Unterschicht“ wohl die besten Chancen. Es ist viel über diesen Begriff gestritten worden – sicher zurecht. Aber ich meine, viel skandalöser ist es doch, dass überhaupt in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik seit Jahren hunderttausende Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt sind – und ständig werden es mehr.

Beinah jedes dritte Kind in Sachsen-Anhalt wächst in einem Haushalt auf, der mit ALG II über die Runden kommen muss. Zu dieser Tatsache – wie immer man sie benennen mag – ist der Aufschrei bei weitem noch nicht laut genug! Die Linkspartei wird dieses und andere Themen immer wieder auf die Tagesordnung der Parlamente und darüber hinaus setzen. Veränderungen sind möglich. Mehr soziale Gerechtigkeit ist erreichbar – aber dafür bedarf es nicht nur einer konsequent sozialen politischen Kraft, sondern einer gesellschaftlichen und politisch handlungsfähigen Mehrheit. Die Mehrheit aus CDU und SPD in Sachsen-Anhalt hat dafür nicht die nötige Kraft und auch nicht den notwendigen Willen. Wir werden auch in Zukunft für andere, für soziale Mehrheiten streiten. Die Hoffnung ist es, die vielen Menschen verloren gegangen ist. Ich wünsche mir, dass im nächsten Jahr endlich wieder mehr Menschen Hoffnung schöpfen können.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, und Euch, liebe Genossinnen und Genossen, ein friedliches Weihnachtsfest und ein glückliches, ein hoffnungsvolles Jahr 2007!
| Matthias Höhn

Impressum**klartext****Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt****Herausgeber:** Landesvorstand Linkspartei.PDS**Redaktion:** Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Sven Barquet, Matthias Gärtner, Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth**Druck:** Harzdruckerei, Wernigerode**Auflage:** 5.800 Exemplare**Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. November 2006. klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: Linkspartei.PDS Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: landesvorstand@linkspartei-sachsen-anhalt.de



Armutsdébatte – unpolitisch



■ Als im vorigen Jahr die Pariser Vorstädte brannten, war die Reaktion selbstgefällig deutsch: Kann uns nicht passieren... Im Fernsehen erschien uns der Konflikt zum Greifen nah, begreifbar einfach: Hier die farbigen, zappligen, wütenden Ghetto-Jugendlichen – da der aristokratische, beherrschte und in Designer-Anzüge gekleidete Premierminister de Villepin. Da gab es nichts Gemeinsames. Unvorstellbar, dass sie miteinander über irgendetwas reden könnten. So ähnlich musste es damals, Ende des 18. Jahrhunderts, vor dem Untergang des „ancien régime“ gewesen sein.

Die französische Revolution von 1789 hatten die Deutschen damals – wenn überhaupt – theoretisch und später ein bisschen von oben nachvollzogen und aufgearbeitet. Im Kleinen wiederholt sich das in dieser Zeit. Die Montagsdemonstrationen – weitgehend vorüber, vergessen, vereinnahmt, verdrängt. Über die Theorie zog die Unterschichten-Debatte in die deutsche Öffentlichkeit und ins Establishment ein. Man traute nicht den eigenen Augen, wohl aber einer großen Umfrage – die wiederum nicht gemacht war, um Menschen die Augen zu öffnen, sondern um künftige SPD-Wähler aufzuspüren. Nun gut: Seither wissen wir, es gibt das „abgehängte Prekariat“.

Schon sind die Eliten dabei, die Deutungshoheit über das Problem zu erobern. Die Eliten sind hier, in Deutschland, nicht so großbürgerlich und aristokratisch wie in Frankreich. Deutschen Politikern wird unterstellt, sie hätten jede Bodenhaftung verloren – was aber auch heißt, dass sie sie einmal hatten oder auch wieder finden könnten. Hier provoziert nicht das „ancien régime“, hier ta-

stet sich eine Zwischenrepublik durch die Wirren der Zeiten.

Deswegen können die Bürgerlichen hierzulande Hartz IV verteidigen und sogar weitere Leistungskürzungen fordern. Und seit nicht mehr Brioni-Schröder, sondern der Weinbauern- und Wirtschaftswundermann Beck aus Rheinland-Pfalz für die SPD steht, können auch wieder Dinge geäußert werden, die in Frankreich gleich die nächste Explosion ausgelöst hätten. Der Vorwurf zum Beispiel, die „Prekariert“ seien nicht hinreichend aufstiegsorientiert. Aber Vorsicht: Auch in der Klassifizierung der Verlierer von Globalisierung und Neoliberalisierung als „asoziale Milieus“, wie sie kürzlich kurz bei der Linken auftauchte, steckt ein zu hoher Anteil an Schuldzuweisung an die Betroffenen, an Verachtung ihres Schicksals und an Anmaßung für Staat und Politik.

Ideen sind rar und werden gern auch geklaut. Vor über zwei Jahren entschloss sich der Leunaer Parteitag der PDS Sachsen-Anhalt, in der Gesellschafts- und Sozialpolitik künftig „endlich Vorsorge statt Nachsorge in den Mittelpunkt unseres politischen Agierens zu stellen.“

Anfang November 2006 hörten wir nun ähnliche Töne von Jens Bullerjahn und Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck. Der Vorsitzende des SPD-Ostforums und der um sein bundespolitisches Comeback bemühte Ex-SPD-Vorsitzende gestanden ein, „dass die SPD (ebenso übrigens wie andere deutsche Parteien) das Ziel der vorausschauenden Vermehrung von Lebenschancen in der politischen Wirklichkeit nicht wichtig genug genommen hat“; sie beklagten, dass die Armutsquote – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sowie allein Erziehenden Eltern –

in unserem Land „besorgniserregend hoch ist“ und dass wir mit „katastrophalen Folgen zu geringer sozialer Investitionen in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen“ konfrontiert sind.

Was bei Bullerjahn und Platzeck aber fehlt, das ist die politische Untersetzung ihrer Idee des Übergangs zum „vorsorgenden Sozialstaat“. Wer zu einer investiven vorsorgenden Gesellschaftspolitik durchstoßen will – und unter dieser Dimension ist die Sache nicht zu haben –, braucht den Sozialstaat als ein tragendes Element einer komplexen Transformationsstrategie. Dabei wird und muss sich der Sozialstaat verändern – in Wechselwirkung mit anderen politischen und gesellschaftlichen Projekten. Und davon haben die beiden offensichtlich kaum eine Vorstellung.

„Skandinavisch schlau“ – dem Anliegen „Gute Bildung für alle“ folgt die rot-rote Koalition in Berlin. Platzeck und Bullerjahn hingegen haben sich in ihren Ländern für Koalitionen mit der Union entschieden – im Wissen, dass gerade in der Bildungspolitik hier die Differenzen groß sind. Gewerkschaften, Träger, Kommunen und auch Kirchen fordern unisono öffentlich geförderte Beschäftigung – kein Echo bei Platzeck und Bullerjahn. Die hoch gepriesenen Steuermehreinnahmen 2006 sind nur ein Bruchteil dessen, was den Unternehmen und den Besserverdienenden insbesondere durch die rot-grüne Steuerreform in den letzten Jahren erlassen worden ist. Wo bleibt der Vorstoß von Finanzminister Bullerjahn zur Änderung der Umverteilungsrichtung bei den öffentlichen Finanzen?

Ein Konzept für eine ausgewogene Regionalpolitik und für ausgeglichene Lebenschancen, für gleichwertige Lebensbedingungen. Das Papier der ostdeutschen SPD-Fraktionsvorsitzenden von Ende Oktober zielt auf dieses Thema ab – und vertagt es weitere 15 Jahre.

Mit solchen Projekten könnte man den Übergang von der Dominanz der nachsorgenden Sozialpolitik zu einer investiven vorsorgenden Gesellschaftspolitik gestalten und vollziehen. Ohne solche Projekte wird die Idee zur hohlen Rhetorik und die hohle Rhetorik zur sozialen Bedrohung für viele.



Dr. Thomas Falkner

ist Journalist und langjähriger Politikberater der Linkspartei.PDS.

Auf gleicher Augenhöhe

Wenn im Juni nächsten Jahres getrennte, gleichzeitig tagende Parteitage von Linkspartei und WASG zu einem Parteitag zusammenggeführt werden, ist es vollbracht. Dann ist eine Partei entstanden, die sich den Namen Die Linke. geben wird. Dafür ist sehr vieles in beiden Parteien bisher getan worden.

■ Ganz früh schon haben Mitglieder beider Parteien in Sachsen-Anhalt den Weg zueinander gesucht. Dieser Weg zueinander war kein Selbstläufer sondern es bedarf des Einsatzes aller. Gelegentlich gab es da auch Schatten, die übersprungen werden mussten. Die erste Nagelprobe hatte die WASG, bei der Aufstellung einer gemeinsamen Liste zur Bundestagswahl. Hier muss nicht mehr auf die Probleme von damals eingegangen werden; aber erwähnt muss werden, dass in diesem gemeinsamen Wahlkampf und dem Ausgang der Bundestagswahl sich das Wir-Gefühl einstellte. Im Ergebnis jedenfalls ist der Landesverband der WASG in Sachsen-Anhalt als einziger Ost-Landesverband mit einer Abgeordneten aus dem

Osten im Bundestag vertreten. Darauf dürfen die Mitglieder beider Landesverbände mit Recht stolz sein.

Bevor wir die Landtagswahlen im März dieses Jahres vorbereiten konnten, hatte die WASG im Land schwierige innerparteiliche Auseinandersetzungen zu bestehen. Diese zogen sich zum Teil noch bis nach den Wahlen hin. Heute sind diese Geschehnisse nur noch eine Randnotiz in der noch kurzen Geschichte der WASG. Inzwischen sitzen auch zwei Mitglieder der WASG neben ihren Kollegen der Linkspartei.PDS auf den gewiss nicht weichen Oppositionsbänken des Landtages von Sachsen-Anhalt und machen gemeinsam linke Politik.

Von Beginn an waren die Verhandlungen zwischen den Landesvorständen von gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Achtung gekennzeichnet. Die von so vielen oft beschworene gleiche Augenhöhe, die bei den Verhandlungen unbedingt zu beachten sei, war zu jeder Zeit gegeben. Nie musste sich eine der Verhandlungsparteien benachteiligt oder zurückgesetzt fühlen. Heute ist es nahezu zur Selbstverständlichkeit geworden, dass Mitglieder beider Parteien gegenseitig an Versammlungen, Veranstaltungen oder Tagungen der jeweils anderen Partei teilnehmen. Zum Teil werden diese Veranstaltungen auch gemeinsam vorbereitet. Das gilt für alle Ebenen des Parteilebens. Ein gutes Beispiel dafür sind die gemeinsamen Basiskonferenzen beider Parteien zu den Gründungsdokumenten unserer neuen Partei. Hier kann man sich trefflich mit den Inhalten auseinandersetzen und um gemeinsame Positionen bemühen.

Wenn man die Situation beider Parteien auf Bundesebene und auf Länderebene

betrachtet, kommt man sehr schnell zu der Erkenntnis, dass wir in unserem Land im Erreichen von Gemeinsamkeiten ganz besonders weit vorangekommen sind. Das heißt nicht, dass bereits alles übereinstimmend gesehen wird. Noch gibt es Themen, die wir miteinander in konstruktiver Auseinandersetzung gemeinsam diskutieren müssen. Als Beispiel seien hier die Positionen zur Veräußerung öffentlichen Eigentums oder die Rolle des Staates genannt. Da gibt es zwischen uns schon noch Gesprächsbedarf. Auf dem Bundesparteitag der WASG am 18./19.11. wurde deutlich, dass längst nicht alle Positionen deckungsgleich sind. Ein Antrag zur Festschreibung eines klaren Bekenntnisses zum Demokratischen Sozialismus in das Gründungsprogramm wurde mit einer knappen Mehrheit abgelehnt. Bedauerlich aus Sicht der Delegierten aus Ostdeutschland. Formulierungen, die darauf verweisen, dass viele von uns den Demokratischen Sozialismus als Wert, Weg und Ziel sehen, gehen uns nicht weit genug. Das führt uns aber auch immer wieder vor Augen, dass die Gründungsdokumente eben genauso auch Kompromissdokumente sind. An uns liegt es, in unserer täglichen Arbeit zu zeigen, dass wir diejenigen sind, die mit „viele“ gemeint sind! Wir werden es gemeinsam zu einem guten Ende bringen. Wir haben auch nicht das Recht dazu, es zu vergeigen, wie Klaus Ernst das auf dem WASG-Parteitag ausdrückte. 4,1 Millionen Wähler haben uns genau dafür, dass wir eine neue, in Ost und West gleichermaßen verankerte linke Partei auf den Weg bringen, bei der Bundestagswahl ihr Vertrauen entgegengebracht. Diese Hoffnungen dürfen wir auf keinen Fall enttäuschen. Die neue Partei muss sich offen auch neuen Aufgaben zuwenden. Man kann nicht daran vorbei, dass diese Partei einen eigenen Jugendverband brauchen wird. Noch besser muss es uns auch gelingen, Vereine und Verbände der sozialen Protestbewegungen an unsere neue Partei zu binden. Der Parteibildungsprozess befindet sich auf der Zielgerade. Wir werden zu Ende bringen, was wir begonnen haben. Im nächsten Jahr wird Deutschland mit unserer neuen Partei den neoliberalen Kräften dieses Landes den politischen Kampf noch deutlicher ansagen. Gemeinsam und stark.



Roland Teichmann

ist Vorsitzender der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit in Sachsen-Anhalt.



Suche nach dem richtigen Weg

Eine neue Partei braucht Regeln. Diese werden festgelegt in den Gründungsdokumenten. Dazu haben die Vorstände beider Parteien schon vor längerer Zeit gemeinsame Arbeitsgruppen gebildet. Die Dokumente liegen seit dem 22. Oktober den Mitgliedern beider Parteien zur Diskussion vor. Es sind die programmatischen Eckpunkte, die Bundessatzung und die Bundesfinanzordnung. Die sind für die Parteibildung nach dem Parteiengesetz auch erforderlich.

Zu zweien davon will ich einiges erläutern. Immer wieder wird in den Debatten bei uns die Frage gestellt, warum es zum Beispiel so schwer sei, den demokratischen Sozialismus als Ziel in das neue Parteiprogramm aufzunehmen. Das hat etwas mit der Herkunft und der Zusammensetzung beider Parteien zu tun. Für die Linkspartei ist der demokratische Sozialismus ein unbestrittenes Bekenntnis und programmatisches Ziel. Für viele Mitglieder der WASG nicht. Das Zusammengehen von WASG und Linkspartei ist der Versuch zwei Parteien mit sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen zu einer zu machen. Manche kommen aus Zusammenhängen, für die Sozialismus bis heute ein diskreditierter Begriff ist. Auch zu anderen Problemen gibt es gravierende Differenzen zwischen Ost und West. Der sehr heterogenen Zusammensetzung der Mitglieder im Westen, die aus ganz unterschiedlichen politischen Parteien und Gewerkschaften kommen, steht vor allem im Osten eine Partei gegenüber, deren Mitglieder durch engagierte Arbeit in Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen, aber auch im parlamentarischen Raum in Kommunen, in Landesparlamenten und sogar in Regierungsverantwortung nach 1989 beachtliche Anerkennung erworben haben. Im Osten gilt die Linkspartei als Volkspartei, im Westen als Splittergruppe. Entsprechend unterschiedlich sind auch die gewonnenen politischen Erfahrungen und Einsichten. Hinzu kommt, dass viele Linke im Westen voll sind von Vorurteilen gegenüber der Linkspartei wegen ihrer Vergangenheit, woge-

gen sie von der praktischen Arbeit nach 1989 so gut wie nichts wissen.

Als ich das dem Bundesvorstand der WASG auf der gemeinsamen Beratung in Erfurt zu erläutern versuchte, sah ich auf der anderen Seite des Saales teilweise beifälliges Nicken, teilweise Erstaunen. Wir waren gezwungen neu nachzudenken, weil unser Weltbild so gründlich zusammengestürzt ist, für die Linken im Westen ist das so nicht passiert. Und so gibt es bei manchem im Westen Dogmen und Denkverbote, ähnlich wie bei uns früher. Und vergessen wir nicht, auch wir haben zu neuen Einsichten erst im Gehen, in der konkreten politischen Arbeit gefunden, am schmerzvollsten, aber auch am intensivsten dort, wo wir uns aus Entscheidungen nicht herausmogeln konnten. Und so ist es verständlich, dass zu den strittigen Fragen auch die gehört, ob und unter welchen Umständen man sich an Regierungen beteiligen darf. Wie diese beiden Fragen sind noch andere in den Nachbemerktungen aufgenommen, die in der gemeinsamen Debatte der nächsten Jahre erst noch geklärt werden müssen. Viele dieser offenen Fragen sind aber auch in der Linkspartei noch nicht ausdebattiert. Dass sie einen Platz im Gründungsprogramm haben sollten, finde ich nur ehrlich: Wir sollten uns und andere, die wir zur Mitarbeit gewinnen wollen, nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns gemeinsam auf die Suche nach dem richtigen Weg begeben, dass wir nicht schon wieder alles in ein unumstößliches Korsett pressen, dass wir das Nachdenken wollen, nicht Vasallentreue.

Wir und andere müssen wissen, auf welches Terrain wir uns mit der Neugründung oder besser Neukonstituierung einer Linken in Deutschland begeben.

Die programmatischen Eckpunkte, die auf dem Gründungsparteitag vielleicht „Gründungsprogramm“ heißen sollten, sind der Auftakt für eine gründlichere programmatische Debatte. Die Bundessatzung wird dies wohl nicht sein, sie bleibt für länger. Sie regelt das demokratische Miteinander in der neuen Partei, Mitwirkungsrechte und Verantwortung. Auch bei der Bundessatzung haben unterschiedliche Erfahrungen der Akteure aus beiden Parteien eine Rolle gespielt und die Debatten waren nicht weniger hitzig. So zum Beispiel zu den Fragen der Gleichstellung, die einer männerdominierten Partei wie der WASG schwerer fällt als der Linkspartei, aber auch die Rolle der AG und IG wie der Plattformen – in der neuen Bundessatzung unter „Zusammenschlüsse“ gefasst. Sie sind für uns wichtiger als für die andere Seite. Zum Hauptstreitpunkt aber kristallisierte sich eine Regel heraus, die nur zeitweise Bestand haben soll. Und genau um diese Zeit geht es. Es steht außer Frage, dass für eine Vereinigung auf Augenhöhe dem kleineren Partner ein Bonus bei der Zahl der Delegierten zu den Bundesparteitagen zugestanden werden muss. Das erhöht bei allen Entscheidungen – auch den oben benannten programmatischen – das Gewicht dieser Mitglieder auf den Bundesparteitagen. Was von Teilen des Parteivorstandes der Linkspartei kritisiert wurde, ist, dass diese Bevorzugung, (wenn auch degressiv gestaffelt) über einen Zeitraum von 9 Jahren ausgedehnt werden soll. Es hat sich in den Diskussionen im Osten gezeigt, dass diese Frage des Wertes des einzelnen Mitgliedes für viele Zustimmung oder Ablehnung in der Urabstimmung bedeuten könnte. Alle Versuche, diesen Zeitraum wenigstens zu verkürzen, sind aber mit gleicher Argumentation am Vorstand der WASG bisher gescheitert. Am 10. Dezember beraten beide Vorstände abschließend. Dann entscheiden beide Parteitage getrennt voneinander im März. Und dann haben die Mitglieder das Wort. In der Urabstimmung. Ich bin dafür, die neue Partei zustande zu bringen, aber unsere Erfahrungen dabei nicht zur Disposition zu stellen.



Dr. Rosemarie Hein

ist Mitglied im Parteivorstand der Linkspartei.PDS.

GEZ für den PC

Die Rundfunkgebühr sorgte in der vergangenen Zeit für allerhand Gesprächsstoff. Die Frage nach der Zukunft eines gebührenfinanzierten Rundfunks stand und steht abermals im politischen Raum. Vor allem die sogenannte PC-Gebühr erhitze die Gemüter. Oft war von „Unsinnigkeit“ und „unverschämter Abzocke“ die Rede. Es hagelte Proteste, weniger von Privatpersonen, viel mehr kamen diese aus der freien Wirtschaft.



■ Dabei steckt hinter der Einführung einer Rundfunkgebühr für internetfähige PCs ab dem Jahr 2007 durchaus eine Logik. Deutschlands Rundfunklandschaft hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Seit den 90er Jahren existiert ein duales Rundfunksystem, bestehend aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den kommerziellen, privaten Rundfunkbetreibern. Der Unterschied zwischen den beiden Säulen wird schon am Namen deutlich: Die einen haben einen öffentlich-rechtlichen Programmauftrag und unterliegen hierbei der Kontrolle verschiedenster Gremien, die anderen verfolgen rein kommerzielle Interessen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, denn er hat den Auftrag, alle Bürgerinnen und Bürger u.a. mit Nachrichten und Informationen zu versorgen. Der kommerzielle Sektor unterteilt sich mittlerweile in einen frei-empfangbaren, werbefin-

anzierten Rundfunk und in das Pay-TV. Beide jedoch haben nur ein Interesse: Sie wollen ihr Programm verkaufen und damit Geld verdienen.

Auch wenn sich beide Säulen des dualen Rundfunksystems schon allein wegen der ungleichen Aufträge deutlich voneinander unterscheiden, befinden sie sich in einer permanenten Konkurrenzsituation zueinander. Denn natürlich wird der Erfolg eines Programms auch daran gemessen, ob und wie viel Menschen es sehen bzw. hören. Zwar darf ein öffentlich-rechtlicher Sender nicht vordergründig und schon gar nicht ausschließlich auf die Einschaltquote schauen, aber wenn ein gebührenfinanzierter Sender sehr wenig oder gar nicht frequentiert wird, würde man sich fragen, wozu er dann Gebührgelder kassiert.

Allein wenn man die heutige Programmvielfalt in Radio und Fernsehen betrachtet, bemerkt man die rasante Entwicklung in der Medienlandschaft. Noch vor zehn – fünfzehn Jahren war die Anzahl der in Deutschland empfangbaren Fernsehsender überschaubar. Heute existieren Hunderte deutschsprachige Sender, nur werden sie anders verbreitet als noch vor zehn Jahren. Seinerzeit war der klassische Übertragungsweg die Antenne und ab Mitte der 90er Jahre wurden die Satellitenverbreitung und das Kabelfernsehen zum Standard. Heute registrieren wir, dass es weitere Verbreitungswege gibt: Kabel und Satellit sind digital, es gibt DVBT, DVBH und das Internet. Und die neuen Übertragungstechniken entwickeln sich rasant.

Was bedeutet dies nun für das duale Rundfunksystem in Deutschland und vor allem für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als öffentliche Daseinsvorsorge? Wenn wir weiterhin an seinem Fortbestand und an

seiner Weiterentwicklung interessiert sind, muss die Grundsatzfrage lauten: Wie kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der heutigen digitalen Medienwelt den zeitgemäßen Ansprüchen Rechnung tragen? Aus meiner Sicht kann er das nicht, wenn ihm die neuen Techniken und Übertragungswege verschlossen bleiben. Er muss die Übertragung über Handy und Internet nutzen, auch um neue, junge Zielgruppen zu erschließen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf hierbei nicht eingeschränkt werden, sonst schränkt man seine Zukunft radikal ein.

In den gesetzlichen Regelungen zur Rundfunkfinanzierung bestehen zweifellos einige Ungerechtigkeiten. Mit der Einführung der Rundfunkgebühr für internetfähige PCs wurde eine bisherige Ungerechtigkeit beseitigt. Bisher war es so, dass die Nutzer selbst eines Kofferradios Rundfunkgebühren bezahlen mussten, die Radiohörer über Internet jedoch nicht. Zahlreiche öffentlich-rechtliche Radioprogramme sind mittlerweile im Internet abrufbar. Der MDR hat z.B. alle seine Radioprogramme (inklusive des Digitalsenders MDR-Klassik) ins Internet gestellt und die Sender erfreuen sich dort einer zunehmend großen Beliebtheit, was allein an den Downloadzahlen erkennbar ist. Dass sich die Internet-Radiohörer ab kommenden Jahr mit der Zahlung der Grundgebühr in Höhe von 5,52 Euro monatlich an der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen müssen, ist aus meiner Sicht nur gerecht – zumindest gegenüber den Gebührenzahlern, die über den herkömmlichen Weg Rundfunk empfangen.

Allerdings wird mit der neuen Regelung auch deutlich, dass sich eine gerätebezogene Rundfunkgebühr überholt hat. Denn nicht jeder nutzt seinen PC als Rundfunkempfangsgerät. Es ist also höchste Zeit, über ein neues Gebührenmodell zur Rundfunkfinanzierung zu streiten. Hierbei dürfen die Gebührenzahler nicht weiter finanziell belastet werden und der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss weiterhin seinen Programmauftrag umsetzen können. Die wichtigen Eigenschaften eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks dürfen bei der Diskussion von uns nicht in Frage gestellt werden, hierzu zählt auch und vor allem die freie Empfangbarkeit, ohne Decoder und Smartcard.



Stefan Gebhardt

ist Mitglied der Linkspartei Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Sprecher für Kultur- und Medienpolitik.

15 Jahre Frauenrat

Am 10. Dezember 1991 gründeten 15 Frauen voll Optimismus und mit frauenpolitischem Gespür den Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. Hierzu gehörten auch LISA-Frauen, Mitglieder der feministischen Frauenorganisation der PDS.

■ Dies ist 15 Jahre her und in diesen 15 Jahren haben sich nicht nur der Landesfrauenrat als Verein sondern auch die Inhalte seiner Arbeit sehr verändert. Von den wenigen Gründerinnen aus unterschiedlichen Vereinen und Verbänden ist die Mitgliedszahl auf mittlerweile 34 überregional aktive Frauenorganisationen angestiegen. Der neunköpfige ehrenamtliche Vorstand wird von einer hauptamtlichen Geschäftsführerin unterstützt, unterhält eine Geschäftsstelle in Magdeburg und die Arbeit wird vom Land Sachsen-Anhalt institutionell gefördert. Die Ansprüche der Mitgliedsverbände und

Der Landesfrauenrat ist in zahlreichen landesweiten oder überörtlichen Gremien aktiv:

- Rundfunkrat des mdr
- Landesmedienanstalt
- Netzwerk für Demokratie und Toleranz
- Bündnis für Integration und Zuwanderung
- Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt
- Begleitausschüsse zu den EU-Strukturfonds
- Frauenpolitische Runde Tische in Magdeburg, Halle/Saale, Dessau
- Arbeitskreis Opferhilfe in Magdeburg
- Landesarbeitskreis gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen
- Vorstand und Mitgliederversammlung des Landespräventionsrates
- Landesbündnis für Familie

Unterstützen Sie die Arbeit des Landesfrauenrates als Fördermitglied!
Den Beitrag bestimmen Sie!

www.landesfrauenrat.de
info@landesfrauenrat.de

Partner an die Qualität und Quantität der Angebote des Landesfrauenrates sind über die Jahre kontinuierlich gewachsen. Nicht zuletzt durch das Wegbrechen anderer Träger, bei steigendem Bedarf nach gleichstellungspolitischen Angeboten, wird der Landesfrauenrat immer häufiger angefragt und eingebunden. Diesen Anforderungen stellt sich der Landesfrauenrat und bietet durch Kooperationen mit Stiftungen, anderen Verbänden und Vereinen zuerst seinen Mitgliedern aber auch anderen Akteurinnen und Akteuren jährlich ein hochaktuelles und immer wieder neues Programm.

Andererseits stehen erneut Themen auf der Tagesordnung, die schon in den Protokollen der Anfangsjahre zu finden sind, so z.B. Finanzierung von Frauenzentren und Frauenhäusern, Hauptamtlichkeit der Gleichstellungsbeauftragten, Berufswahlverhalten von Mädchen, Frauenpräsenz in Gremien u.a.m. In kleinen Schritten geht es voran, aber Bewusstseinsbildung dauert leider lange. Um in der Gleichstellungspolitik echte und nachhaltig wirkende Erfolge verzeichnen zu können, muss viel an Engagement, Zeit und Geld investiert werden.

Durch gründliche Analyse und neue Politikansätze wie Gender Mainstreaming, Diversity Management u.a. sind die Grundlagen und Möglichkeiten der gleichstellungspolitischen Arbeit in unserem Land gewachsen. Frauen und Männer arbeiten zum Teil gemeinsam an gleichstellungspolitischen Zielen. Dies ist positiv. Dabei wird es aber künftig nötig sein, eine eigenständige Frauenpolitik und Frauenförderung noch stärker als bisher zu verteidigen und gegen den neuen Trend der allgemeinen Antidiskriminierung, wie er nicht zuletzt durch das neue Bundesgesetz AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) befördert wird zu verteidigen. So lange es Benachteiligungen gibt, ist auch einseitige gezielte Förderung nicht nur erlaubt sondern notwendig.

Der Landesfrauenrat nutzt die elektronischen Medien, um sich effektiver und schneller auszutauschen, ist in Netzwerke weit über unser Bundesland hinaus eingebunden. Auf unserer Website kann sich jeder für den Empfang des Newsletters eintragen. Dank der unterschiedlichen Themensetzungen und Schwerpunkte seiner Mitgliedsverbände kann sich der Landesfrauenrat zielgerichtet in die Zukunftsdiskussion unseres Landes gegen Abwanderung und für Qualifizierung und ein familienfreundliches Umfeld mit fachlichen Beiträgen, eigenen Veranstaltungen und Projekten einbringen.

Trotz intensiver und zielgerichteter Arbeit in den letzten 15 Jahren gibt es Reserven. Die Mitgliederzahl kann noch erweitert, die Zielstellung von Veranstaltungen entsprechend den Bedürfnissen der Mitgliedsverbände spezifiziert werden, um konkrete Beispiele zu nennen. Ein wesentliches Feld wird auch weiterhin sein, sich für die chancengerechte Verteilung von Geldern insbesondere auch innerhalb der EU-Strukturfonds einzusetzen. Schwerpunkt wird die Gewinnung von neuen engagierten und aktiven Frauen für die Vorstandsarbeit und zur thematischen Arbeit in Arbeitsgruppen, bei Veranstaltungskonzipierungen o.ä. sein. Von zentraler Bedeutung wird hierbei sein, ob es uns gelingt, junge Frauen für gleichstellungspolitische Arbeit zu interessieren, zu begeistern und zum Mittun zu gewinnen. Vielfach meinen diese, Gleichberechtigung sei bereits erreicht, alle Gesetze geschlechtergerecht und die Welt in Ordnung. Erst bei den ersten, persönlich erlebten Nachteilen meist beim Einstieg ins Berufsleben, wenn Kinder kommen oder es um Karrierechancen geht, kommt das große Erwachen. Unser Ziel ist es, durch früheres Engagement solche Benachteiligungen gar nicht erst wirksam werden zu lassen. Hierfür wünsche ich mir auch für die nächsten 15 Jahre die Unterstützung des Landes und seiner Repräsentanten, von Politikerinnen und Politikern aller Parteien und auf allen Ebenen und weiterhin das aktive Mittun der Vertreterinnen der Mitgliedsverbände und der Fördermitglieder des Landesfrauenrates.



Ute Fischer

ist Vorsitzende des Landesfrauenrates in Sachsen-Anhalt.

14 aus 48

Kaum jemand erinnert sich noch an die Zeit, als es in Sachsen-Anhalt noch 48 Kreise gab. In jeder damaligen Kreisstadt gab es eine Kreisgeschäftsstelle der PDS. Allein die heutige Altmark bestand 1993 noch aus den sechs Kreisen Salzwedel, Gardelegen, Klötze, Havelberg, Osterburg und Stendal. 1994, nach der stattgefundenen Gebietsreform wurden diese sechs zu zwei Kreisen umstrukturiert und letztlich blieben im Land Sachsen-Anhalt insgesamt noch 21 Landkreise und drei kreisfreie Städte übrig. Manche in den 1994 zusammengeschlossenen Kreisen fühlen sich bis heute noch in den Grenzen der Altkreise heimisch und es fällt schwer, die schon lange nicht mehr existenten ehemaligen Kreisgrenzen zu überwinden.

■ Heute nun sind wir dabei, wieder neue Kreisverbände zu bilden. Diesmal werden es Kreisverbände in elf Landkreisen und drei kreisfreien Städten sein. Schon lange gibt es nicht mehr in jeder Kreisstadt eine Kreisgeschäftsstelle. Neue Ideen und neue Organisationsformen für die Arbeit als Partei vor Ort sind täglich gefragt und müssen umgesetzt werden. Gemeinsam haben wir die Schritte diskutiert, nach Lösungen gesucht und auf Parteitagen die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Die konsequenten Umsetzung der Beschlüsse ist nicht immer bequem, wird manchmal mit Unverständnis, Erstaunen und Widerstand begleitet. Dennoch ist auf Grund der Zusammenarbeit von Landesvorstand und Kreisvorständen viel Neues gestaltet worden, um die an uns gestellten Herausforderungen insgesamt als Landespartei zu meistern.

Der neue Kreiszuschnitt ist politisch von uns so nicht gewollt, weil er nach unserer Auffassung an den Problemen dieses Landes vorbei geht, dennoch werden wir gemeinsam unsere politische, strukturelle und finanzielle Arbeit darauf ausrichten. Dies ist notwendig, um die wachsende Anzahl und Vielfalt der Herausforderungen, besonders an die kommunalen Mandatsträgerinnen und -träger unter den immer schwierigeren Bedingungen in den Kommunen meistern zu können. Denn

nicht nur für die neu gewählten Kreisvorstände ist ein neuer größerer Kreis ungewohnt, sondern auch die Mitglieder der neuen Kreistagen benötigen Zeit, um sich an die konkreten Bedingungen sowie die spezifischen Probleme im neuen Kreis heranzuarbeiten, zumal sich insgesamt die Anzahl der Mitglieder der neuen Kreistage verringert. Schon aus diesem Grund waren wir gut beraten, unsere Struktur, auch mit dem Blick auf die Organisation der bevorstehenden kommunalen Wahlen, denen der staatlichen Struktur anzupassen. Die durchgeführten Kreisdelegiertenkonferenzen haben neben der Wahl der Kreisvorstände und Gremien bereits erste Beschlüsse diskutiert und gefasst und zum Teil die KandidatInnen, die als Landrätin oder Landrat kandidieren, vorgestellt. Auf dieser Grundlage und mit den vielen engagierten und fleißigen Mitgliedern wird es uns gelingen, in den neuen Kreisstrukturen die Arbeit zu organisieren. Ohne sie, die vor Ort die Politik der Linken praktizieren und transportieren, sind Erfolge und gute Wahlergebnisse, wie wir sie bisher erreicht haben, gar nicht denkbar. Dieser Dank ist jedoch auch mit dem Wunsch und der Hoffnung verbunden, dass alle diejenigen, die nicht mehr den neuen Kreisvorständen oder deren Gremien angehören oder auch nicht gewählt wurden, sich nicht zurückziehen. Wir brauchen je-

de und jeden, zumal es in den neuen größeren Strukturen nicht einfacher wird, die Arbeit und die Erfolge zu organisieren. In den letzten Jahren haben wir mit immer geringer werdenden personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen auskommen müssen. Dies ist nicht zuletzt der Mitgliederentwicklung geschuldet. Mit der Fusion der Kreisverbände werden die Kreisvorstände sich wiederum neuen Herausforderungen stellen müssen, um die Arbeit in den neuen größeren Strukturen politisch zu leiten und zu organisieren.

Im Landesverband haben wir bereits über Jahre versucht den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Im Wissen der vor uns stehenden Anforderungen im Zuge der Kreisfusion, der Parteineubildung sowie der kommunalen Wahlen sind wir gut beraten, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten. Zwar kommen wir insgesamt nicht um die Parteiverwaltung herum, dennoch können wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass diese effektiver als bisher passiert. Das heißt, dass die Anstrengungen zur Durchsetzung des Bankeinzugsverfahrens weiter zu erhöhen sind, weil es in den größeren Kreisen mit der Handkassierung eben noch mehr Aufwand gibt, bis jede/r Handkassierte im Mitgliederprogramm fehlerfrei nachgewiesen werden kann. Die Zeit und der oftmals hohe Aufwand, der nach wie vor für die Parteiverwaltung eingesetzt wird, muss weiter reduziert werden.

Die dadurch frei werdende Kraft muss zukünftig viel stärker für die Aktionsfähigkeit der Partei, die Öffentlichkeitsarbeit, die Kommunikationsbeziehungen, die Mitgliedergewinnung, die politische Bildung, moderne Strukturen und Personalentwicklung eingesetzt werden. Die neuen Kreisvorstände sind hier gefordert, da dies für die weitere Existenz und zukünftige Entwicklung der Partei unerlässlich ist.



Michael Entrich

ist Landesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt.

„Wie groß ist die Welt?“

Ein neues Gesetz zur Kinderbetreuung und -bildung

■ „Wie groß ist die Welt?“ „Wie viele Stacheln hat ein Igel?“ „Warum ist der Mond manchmal so krumm wie eine Banane?“ Das ist nur eine Auswahl der Fragen, die meiner Fraktion im Rahmen eines Wettbewerbes unter dem Motto „Kinder fragen Politiker“ zugesandt wurden. Es sind anspruchsvolle Fragen, die nach anspruchsvollen Antworten suchen. Es ist nicht so einfach, einem Fünfjährigen darauf eine kindgerechte Antwort zu geben. Kinder sind neugierig, wollen wissen, wie die Welt funktioniert. Eltern, Erzieherinnen, wir alle können ihnen das Rüstzeug dafür geben, sich die Welt zu erschließen.

Am 13. Oktober fand im Sozialausschuss eine Anhörung zum Thema Kinderarmut statt. Herr Dr. Martens, der die Studie für den Paritätischen Wohlfahrtsverband entwickelt hat, führte aus, dass in Sachsen-Anhalt ca. 70 bis 80 Tausend Kinder unter Armutsbedingungen leben. Bei der Hälfte der Kinder muss damit gerechnet werden, dass sie relativ dauerhaft in dieser Situation leben. Hinzu kommt, dass in dieser Gruppe tendenziell Familien zu finden sind, die neben dem zu geringen Einkommen noch weitere Unterversorgungslagen aufweisen, wie z.B. im Bereich Bildung. Aus Sicht des Kinderschutzbundes werden sich langfristig die Folgen der Kinderarmut unter anderem in einer dramatischen Minderung der Chancen auf einen guten Schulabschluss zeigen. Denn schon seit der letzten PISA-Studie ist bekannt, dass ein sehr enger Zusammenhang zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft besteht. Dies ist nicht neu. Neu war jedoch die in der Anhörung nachdrücklich geäußerte Forderung der Wohlfahrts- und Sozialverbände nach einem voraussetzungsfreien Zugang aller Kinder für einen ganztägigen Besuch einer Kindertageseinrichtung. Dies wurde als dringend erforderliche Handlungsoption angesprochen, um Kinderarmut zu beseitigen und zu verhindern, denn ein wesentliches Problem der Kinderarmut ist nun einmal die Verbin-

dung zur Bildungsarmut. Das war ein wesentlicher Beweggrund für die Linkspartei.PDS eine gesetzliche Novellierung in der frühkindlichen Förderung herbeizuführen.

Der Gesetzentwurf der Linkspartei.PDS geht von einer erweiterten Aufgabenbestimmung von Kinderbetreuungseinrichtungen aus. Sie sind kein Ersatz für elterliche Förderung, Erziehung und Bildung. Sie sind ein Recht der Kinder, ein Recht auf Teilhabe an gemeinschaftlicher, öffentlicher Förderung, Bildung und Erziehung, im weitesten Sinne ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb darf es eben nicht in Abhängigkeit von der Erwerbssituation der Eltern stehen. Allen Kindern muss der Zugang in die Kindertageseinrichtung als persönlicher Anspruch offen stehen.

Des Weiteren sollen in die Aufgaben der Kindertageseinrichtungen Bildungs- und Beratungsangebote für Eltern einbezogen werden. Diese sollten bspw. gemeinsam mit Familienverbänden gestaltet werden. In Kindertageseinrichtungen besteht noch die Möglichkeit, mit den Eltern in Kontakt zu treten, denn hier bringen und holen sie ihre Kinder. Das ändert sich mit Eintritt in die Schule. Es muss uns gelingen, gerade sozialschwache und bildungsferne Elternhäuser zu erreichen. Hier ist der Staat in der Pflicht, denn Kinder können sich allein nicht helfen, haben aber einen Anspruch auf bestmögliche Startchancen im Leben.

Außerdem ist unter der Formulierung „Hochschulabschluss auf dem Gebiet der Sozialpädagogik“ der zu etablierenden Hochschulabschluss für Erzieherinnen und Erzieher Rechnung getragen worden. Das ist eine wichtige Aufgabe, der man sich im Land widmen muss. Ein wesentlicher Schwachpunkt bei der Ausgestaltung des aktuellen Kinderförderungsgesetzes ist zudem die fehlende gesetzliche Fixierung von Vor- und Nachbereitungszeiten. Erzieherinnen und Erzieher brauchen einen ausreichenden Zeitfonds für die Reflexion der kindlichen Indivi-

dualentwicklung, für die Konzipierung und Organisation pädagogischer Angebote sowie für die eigene Qualifikation. Es soll daher ein rechtlich verbindlicher Mindestzeitrahmen von einer Stunde pro Woche eingeführt werden.

Insgesamt ist mit dem Gesetzentwurf ein Mehraufwand von ca. 36,6 Millionen Euro verbunden. Für die Kommunen entstehen durch das Gesetz mit Inkrafttreten keine Mehrkosten. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, dass in einem Übergangszeitraum von zwei Jahren sämtliche Kosten der Gesetzesnovellierung durch das Land getragen werden. Dies begründet sich u.a. darin, dass wir die Zuweisungen an die Kommunen für nicht verfassungskonform halten und daher die Kommunen an dieser Stelle entlasten wollen. Langfristig müssen wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Finanzen im Bereich der Bildung auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in gleicher Höhe im System Bildung verbleiben. Wir müssen mit dem wertvollsten Gut, was wir haben, auch sehr sorgsam umgehen. So klein oder so groß ist die Welt...



Eva von Angern ist Juristin und Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Linkspartei.PDS Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt.



Marathon der Demokraten

„Verbietet diese NPD doch endlich!“ Dieser Meinung begegne ich fast überall, allemal seit die SPD ein neues Verbotverfahren erwägt. Und es gibt für wahr gute und drängende Gründe, die NPD aufzulösen. Sie propagiert, das Grundgesetz und die Bundesrepublik seien feind-



liche Machwerke der Alliierten. Sie zelebrierte einen Bundesparteitag in der „Reichshauptstadt“ Berlin, wie sie selbst tönte. Die Delegierten skandierten dort die 1. Strophe des Deutschland-Liedes, also „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt. Deutsch-

land, Deutschland über alles, über alles in der Welt!“ Und sie rekrutiert zunehmend gewaltbereite Neonazis aus den so genannten freien Kameradschaften. Und für all das und mehr erhält sie auch noch materielle und finanzielle Zuwendungen vom Staat. Denn die NPD genießt das Parteienprivileg und soll so gemäß Artikel 21 Grundgesetz an der politischen Willensbildung teilnehmen. Wie aktuelle Wahlergebnisse zeigen: Aus Sicht der NPD mit Erfolg. Wir züchten also eine Natter, die uns tödlich treffen kann und will.

Trotzdem gehöre ich zu jenen, die derzeit kein neues NPD-Verbot anstreben. Ich habe das erste Verfahren intensiv begleitet. Es scheiterte, die rechtsextremistische Partei wurde nicht verboten. Ich finde übrigens: zu Recht. Stattdessen bekam die NPD fatalen Rückenwind. Aber erinnern wir uns: 2001 strebten die Bundesregierung, der Bundesrat und der Bundestag beim Bundesverfassungsgericht ein Verbot der NPD an. Entsprechende Klagen wurden eingereicht. Sie belegten anhand zahlreicher Beispiele und Zitate, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, dass sie dem

Nationalsozialismus wesensverwandt ist, dass sie die Grundprinzipien der freiheitlichen und demokratischen Verfassung des Parlamentarismus bekämpft und zwar aggressiv-kämpferisch. So weit, so deutlich.

Bis offenbar wurde: Nahezu alle Führungsgremien der NPD waren von V-Leuten des Verfassungsschutzes und der Polizei durchgesetzt. Das Bundesverfassungsgericht sah sich daher außerstande zu trennen: Welche Anklage-Belege sind originär NPD und welche sind Ausflüsse staatlich alimentierter V-Leute. Das Bundesverfassungsgericht stellte daraufhin das Verfahren ein. Ich finde: völlig nachvollziehbar. Der Rechtsstaat hatte sich – dank Bundesinnenminister Schily – selbst ein Bein gestellt. Die NPD frohlockte.

Ich hatte damals erklärt: „Das Verfahren ist verfahren!“ Und ich bleibe dabei: „V-Leute sind gekaufte Zeugen und bezahlte Täter zugleich!“ Damals wurde publik, dass V-Leute für die NPD Waffen beschafft hatten und dass V-Leute auch für Anschläge auf Migranten verantwortlich waren. Die offizielle und viel zitierte Parteien-Finanzierung zugunsten der NPD wird auf 2 Millionen Euro geschätzt. Die V-Leute-Kosten dürften kaum niedriger liegen. Gleichwohl hat sich – außer im rot-roten Berlin – an der V-Leute-Praxis bis heute nichts geändert. Deshalb wird die Linkspartei.PDS in den Landesparlamenten und im Bundestag demnächst beantragen, die V-Leute aus der NPD zurückzuziehen und dadurch ein wesentliches Verbotshindernis zu beseitigen. Aber ich vermute: Wir werden damit auf wenig Gegenliebe stoßen. Und so lange das so ist, hat auch ein erneutes NPD-Verbotverfahren wenig Aussicht auf Erfolg.

„Doch“, sagen nun maßgebliche Politiker der SPD. Man müsse nur die Hürden für ein Parteien-Verbot senken und dafür das „Bundesverfassungsgerichts-Gesetz“ ändern. Und da werde ich nun ganz hellhörig. Denn aus gutem Grund darf niemand eine Partei verbieten, ausgenommen das Bundesverfassungsgericht. Und selbst die Richter in „Karlsruhe“ dürfen es nur mit Zweidrittel-Mehrheit. Das ist eine Lehre aus der NS-Zeit, in der unliebsame Par-

teien und Organisationen handstreichartig en Masse verboten wurden. „Unliebsam“ aber kann heute die eine und morgen die andere Partei sein. Deshalb bin ich dagegen, dieses „Schutzschild“ der Demokratie für eine „Lex NPD“ zu opfern.

Die anhaltende Verbot-Debatte hat noch eine weitere Nebenwirkung. Sie lenkt den Focus der Öffentlichkeit auf den extrem rechten Rand. Und sie suggeriert: Der Staat muss es richten! Genau das aber ist politisch falsch. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind nämlich kein Randphänomen. 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung teilen nämlich die völkischen Versatzstücke der NPD, teilweise oder überwiegend. Daher mein Credo: Wer den rechten Rand bekämpfen will, muss um die Mitte der Gesellschaft ringen. Zumal: Kein Deut vom alltäglichen Rassismus würde aus den Köpfen verschwinden, wenn es die NPD nicht gäbe. Und umgekehrt: Die NPD wäre nicht der Rede wert, erführe sie nicht aus der Mitte der Gesellschaft heimlich oder offen Zuspruch.

Ein NPD-Verbotverfahren könnte für viele sogar ein willkommenes Alibi sein, auch für Politiker. Denn die medienrätliche Auseinandersetzung würde eine viel wichtigere Frage verdrängen: nämlich die nach den Ursachen für Rechtsextremismus. Gewiss, die sind sehr vielfältig. Aber einige stoßen mir sofort auf: Wer zum Beispiel den Eindruck erweckt, Migrantinnen und Migranten seien überwiegend potentielle Terroristen, der muss sich nicht wundern, wenn Rechtsextreme die „Bedrohung“ in ihre Hände oder unter ihre Stiefel nehmen. Und wer Jugendliche, ja ganze Regionen, in die Hoffnungslosigkeit entlässt, schafft Einfallstore für falsche Propheten und totalitäre Führer, in Ost und West. Dagegen wiederum helfen weder ein „Aufstand der Anständigen“, dem regelmäßig die Zuständigen abhandeln kommen, noch kurze Prozesse. Wir brauchen eine solidarische, couragierte, Zivilgesellschaft und einen Marathon der Demokraten. So lange aber Rechtsextremismus vorwiegend als Jugend-, Ost- oder Randproblem behandelt wird, das obendrein durch die Polizei oder die Justiz zu bändigen sei, so lange sind wir auf dem Holzweg.



Petra Pau ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Projekt Fan

Das Bild des Fußballs in Deutschland hat nach der Weltmeisterschaft schweren Schaden genommen. Viel wurde über Rassismus und Gewalt in deutschen Stadien berichtet.

Deutsche Hooligans randalieren beim EM-Qualifikationsspiel der Nationalmannschaft in der Slowakei, in Leipzig wird zum wiederholten Mal von Anhängern des Halleschen FC der schwarze Spieler Adebowale Ogungbure vom FC Sachsen Leipzig rassistisch beschimpft. Selbiges passiert dem Nationalspieler Gerald Asamoah beim Pokalspiel von Schalke 04 bei der 2. Mannschaft von Hansa Rostock. Und in Zwickau wird das Oberligaspiel des FSV gegen den Chemnitzer FC wegen Ausschreitungen auf den Rängen unterbrochen. Im Fokus der Öffentlichkeit steht insbesondere der Osten Deutschlands. Hier spielen Traditionsteams wie der Chemnitzer FC, FC Sachsen Leipzig, HFC, 1. FC Magdeburg oder Lok Leipzig zumeist in unteren Ligen. Sie verfügen aber immer noch über eine große Anhängerschar.

Nach den Gewaltausbrüchen der letzten Wochen wird der Ruf nach stärkerer Förderung von Fanprojekten lauter. Die Stadt Halle geht nun mit gutem Beispiel voran. Nachdem die Stadt und ihr Fußballverein HFC in den letzten Wochen bundesweit wegen rassistischer Ausfälle von Anhängern des Vereins in die Schlagzeilen geraten sind, gibt es nunmehr positive Signale. Im November dieses Jahres überreichte



Sachsen-Anhalts Sozialministerin Gerlinde Kuppe (SPD) am Rande eines Heimspiels des HFC den Fördermittelbescheid für das Streetworkfanprojekt der Stadt Halle. Bereits vor zwei Jahren hatten sich auf Initiative des Fanrates des Halleschen FC Streetworker der Stadt und Fans des Vereins zusammengesetzt und in Zusammenarbeit mit der in Frankfurt am Main angesiedelten Koordinationsstelle für Fanprojekte (KOS) ein Konzept entwickelt. Begünstigend für dessen Umsetzung ist die Tatsache, dass der DFB seit letztem Jahr auch Fanprojekte in der 4. Liga mit maximal 25.000 Euro jährlich fördert. Damit wurde insbesondere auf die Situation in den neuen Ländern reagiert. Voraussetzung für den Erhalt dieser Gelder ist allerdings, dass sich das entsprechende Bundesland an der Finanzierung beteiligt.

Wichtiger Bestandteil des halleschen Projektes ist die Errichtung eines Fanhauses, welches nicht nur an Spieltagen als Anlaufpunkt dienen soll. Inhaltlich stehen Gewaltprävention, Sportangebote und insbesondere angesichts der letzten fremdenfeindlichen Ausfälle Antirassismusbearbeitung im Vordergrund. Vorläufig ist das Projekt für die Dauer von drei Jahren konzipiert. Insgesamt will das Land das Projekt in diesem Jahr mit 10.000 Euro fördern. Ein Sprecher des Sozialministeriums betont, dass man damit eine positive Fankultur und die Eindämmung von Gewalt unterstützen will. Nicht so rosig sieht hingegen die Situation in der Landeshauptstadt Magdeburg aus, die mit dem in der Regionalliga Nord spielenden FCM auch über einen Traditionsclub mit großem Fanpotential verfügt. Dort wird das Fanprojekt nur noch ehrenamtlich betrieben, nachdem die Stadt vor zwei Jahren die finanzielle Förderung eingestellt hat.

Nunmehr kann man sich allerdings auch in Magdeburg wieder Hoffnungen machen. Aus dem Sozialministerium heißt es, wenn ein entsprechender Antrag gestellt wird und ausreichend nachvollziehbare Gründe für eine Förderung vorliegen, einer solchen nichts entgegen steht. Im Freistaat Sachsen ist auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag ein Antrag beschlossen worden, in dem die Staatsregierung ersucht wird, „die Arbeit der sächsischen Fanprojekte in Städten



mit einem besonders problematischen Umfeld zu unterstützen.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Ergebnis einer Anfrage. In Sachsen wurden in der Saison 2004/2005 zur Absicherung von Fußballspielen insgesamt 25.397 Polizisten eingesetzt. Allerdings gibt es landesweit bisher nur fünf hauptamtliche Fanprojektmitarbeiter. In Sachsen-Anhalt verweist das Innenministerium darauf, dass man in der Oberliga-Saison 2005/2006 insgesamt 613.000 Euro für die polizeiliche Absicherung der Oberliga-Heimspiele vom HFC, FCM und TSV Völpke allein an Personalkosten ausgegeben hat. Um wie viel niedriger diese wären, wenn davon ein Bruchteil zur Finanzierung von Personalkosten in Fanprojekten des Landes genutzt werden würde, ist Spekulation. Allerdings bleibt festzuhalten, dass das Land bislang keinerlei Mittel zur Finanzierung von Personalstellen zur Verfügung stellt. Diesbezüglich ist die einmalige Förderung des Fanprojektes in Halle von 10.000 Euro letztlich nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. In Sachsen wurde oben genannter Beschluss kurz vor der WM gefasst. Die finanzielle Seite ist bis zum jetzigen Zeitpunkt völlig ungeklärt, schlimmer noch, die Zukunft des renommierten Fanprojektes in Dresden steht in den Sternen, da die Staatsregierung die finanzielle Förderung auslaufen lassen möchte.

| Matthias Gärtner

Eine unendlich unwürdige Geschichte

Die Gedenkstätte KZ Lichtenburg

Seit Jahren beschäftigt sich der Landtag von Sachsen-Anhalt auf Initiative der Linkspartei.PDS mit der Zukunft der KZ-Gedenkstätte „Lichtenburg“ in Prettin (Wittenberg). Es wurde viel debattiert zu diesem Thema, aber eine auf Dauer angelegte, tragbare Lösung für alle Beteiligten ist auch heute noch nicht in Sicht. Die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg ist in ihrem Erhalt und Fortbestand weiterhin hochgradig gefährdet.

Der dauerhafte Erhalt der KZ-Gedenkstätte kann nur durch eine Übernahme in die Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt gewährleistet werden. Diese Übernahme ist wiederum unabdingbare Voraussetzung für die direkte, tatsächliche Aufnahme und Eingliederung in die Gedenkstättenstiftung des Landes. Bereits im Frühjahr 2002 stellte der Landtag einstimmig fest, dass die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Lichtenburg in Prettin von überregionaler Bedeutung ist. Und der Landtag sprach sich nunmehr endlich für den Erhalt und den Ausbau der Gedenkstätte aus.

Einige Sätze zur Geschichte und Bedeutung der Lichtenburg, insbesondere innerhalb des Systems der nationalistischen Konzentrationslager. „Keine lichte Burg, sondern das ideale Konzentrationslager“ schrieb die einst dort inhaftierte Lina Haag in einem Brief an ihren Mann Alfred Haag über das im 16. Jahrhundert als Witwensitz sächsischer Kurfürstinnen erbaute Schloss Lichtenburg. Schon im Jahr 1812 wurde es als Zuchthaus genutzt und 1928 wegen mangelnder baulicher und sanitärer Zustände geschlossen. Am 13. Juni 1933 wurde die „Lichtenburg“ zum Konzentrationslager für männliche „Schutzhäftlinge“ und somit zu einem der ersten Konzentrationslager der Nazis. Ende September 1933 saßen bereits 1675 Festgenommene in der Lichtenburg. Die Gefangenen waren überwiegend politische Häftlinge, aber auch Juden, Homosexuelle, Bibelforscher und weitere rassistisch Verfolgte befanden sich unter den Inhaftierten. Infolge des Baues des KZ

Sachsenhausen im Jahr 1936 sowie des KZ Buchenwald im darauffolgenden Jahr wurde Mitte August 1937 das Männer-Konzentrationslager Lichtenburg aufgelöst. Am 15. Dezember 1937 trafen dann die ersten 200 weiblichen Gefangenen aus dem Frauen-Konzentrationslager Moringen ein. Bis 1939 waren 1415 Frauen unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert. Bedeutende Teile des Konzentrationslagers, wie Strafbunker, Zellengebäude und Schlafräume der Häftlinge sind bis heute erhalten geblieben.

1993 wurde durch das Europäische Parlament eine Entschließung zum europäischen und internationalen Schutz der Gelände der nazistischen Konzentrationslager als historische Gedenkstätten angenommen, welche die Notwendigkeit des Erhalts auch der KZ-Gedenkstätte „Lichtenburg“ in Prettin eindringlich unterstreicht. Dort heißt es unter anderem: „Berücksichtigend die Bedrohung, die auf der Erhaltung der Gelände der nazistischen Konzentrationslager und auf ihrer besonderen Bedeutung auf historischer Ebene lastet, und in der Auffassung, dass den Millionen Toten aller nazistischen Konzentrationsstätten der Respekt der heutigen und künftigen Generationen gebührt und dass die Erziehung unserer Jugend der Bedeutung ihrer Opfer für die Sache der Freiheit, der Menschenrechte und des Friedens Rechnung tragen muss, fordert das Parlament die Mitgliedstaaten, den Rat und die Kommission auf, jede Initiative zur Erhaltung der Bedeutung der nazistischen Konzentrationslager zu unterstützen.“

Diesem Anliegen darf man sich nicht verschließen. Doch noch immer droht das „Aus“ für die Gedenkstätte. Aufgrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse, offener Fragen hinsichtlich einer künftigen Landsträgerschaft sowie aufgrund des schlechten baulichen Zustandes, der fehlenden Mittel für Sanierung und dauerhafte Unterhaltung, ist die Zukunft des Schlosses mehr als fraglich. Der nunmehr auch von den Opferverbänden gebilligte

Kompromiss, dass nur das ehemalige Werkstattgebäude zur Gedenkstätte umgebaut werden soll, löst das Gesamtproblem zwar auch nicht, wäre aber wenigstens ein Anfang.

Die 2. Lichtenburgkonferenz am 16. Juni 2006 in Prettin hatte mit aller Schärfe den Ernst der Lage deutlich gemacht. Die Teilnehmer, u.a. Vertreter von Opferverbänden und der Lagergemeinschaften Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen, der hiesige Gedenkstättenleiter, die Bürgermeisterin von Prettin sowie Abgeordnete der Landtagsfraktionen mussten mit Bestürzung feststellen, dass die Übernahme der KZ-Gedenkstätte in die Trägerschaft des Landes von einer Lösung noch weit entfernt ist. An der jetzigen prekären Situation ändert zunächst auch die Aufnahme der Gedenkstätte in das vom Landtag im Februar 2006 beschlossene und am 1. Januar 2007 in Kraft tretende Gedenkstättenstiftungsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt nichts. Denn ohne die Klärung der Frage der Landessträgerschaft bis zum 31. Dezember 2006 ist und bleibt die Eingliederung der KZ-Gedenkstätte in die Gedenkstättenstiftung ein bloßes, im Gesetz fixiertes allgemeines Bekenntnis. Und ohne die Aufnahme in die Gedenkstättenstiftung des Landes ist das Ende der Gedenkstätte absehbar und unausweichlich. Eine Kette ohne Ende! Von den Verantwortlichen, zuletzt auch auf der Lichtenburg Konferenz in Berlin Mitte November wird immer wieder die überregionale Bedeutung der Gedenkstätte Lichtenburg bekräftigt. Aber wie ernst meint man dies wirklich? Sollen es nicht bloße Lippenbekenntnisse bleiben, müssen der Bund und das Land Sachsen-Anhalt nun endlich eine würdige Lösung für die Übertragung der Gedenkstätte Lichtenburg in Trägerschaft des Landes finden!



Gudrun Tiedge

ist innen- und rechtspolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt.



Aktionstag der Gewerkschaften

■ Zwischen der Berliner Siegestsäule und dem Brandenburger Tor fanden sich am 21. Oktober 2006 tausende Menschen zum Aktionstag der Gewerkschaften ein. Zusammen führte sie der Protest gegen eine Rente mit 67, den Murks der Gesundheitsfonds, die Mehrwertsteuererhöhung, die Steuergeschenke für Unternehmen und den steigenden Druck auf Arbeitslose. Nicht nur in Berlin, auch in Dortmund, Frankfurt/Main, München und Stuttgart wurde gegen die Politik der Bundesregierung protestiert, über 225.000 Menschen fanden sich.

Mit Reisebussen starteten wir in Magdeburg, ein kurzer Anruf bei meiner Gewerkschaft ver.di und der Platz war gebucht. Das Bündnis Mindestlohn Sachsen-Anhalt hatte ebenfalls aufgerufen, viele waren dabei, auch von den sozialen Bewegungen, den Montagsdemonstrationen, der Linkspartei und WASG u.a. Das Vorprogramm auf der Bühne am Brandenburger Tor war getragen von den „Gaz Guzzlers“, einer Band aus Hannover. Der angebotene Stilmix von Funk, Soul, Rock und Rythm & Blues soll nach Werbeaussagen jedes Publikum von 6–96 Jahren in den Ausnahmezustand versetzen. Bei mir ertete die

musikalische Berg- und Talfahrt nur Kopfschütteln. Mir war nicht nach Tanzen, schade eigentlich, das kämpferische und politische Lied hätte von den Organisatoren eine Bühne erhalten sollen, mir kam Konstantin Wecker in den Sinn.

Kämpferisch dagegen die Redner und Rednerinnen. Eine hat mich ergriffen und wirkt nach: Antje Steinke von der Erwerbsloseninitiative „Dau wat e.v.“ aus Stralsund: „Und Leute, was wir unbedingt zwingend tun müssen: Das ist der Schulterschluss zwischen Erwerblosen und den noch Beschäftigten.“ Jetzt ist es doch so, dass die Erwerblosen immer mehr als Druckmittel auf die Beschäftigten benutzt werden – nach dem Motto, vor dem Werktor stehen genug. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir in einem Boot sitzen, dass der Lohn immer weiter gedrückt wird durch die Verschärfung von Hartz IV. Und aus der Not nehmen Hartz IV Empfänger auch schlechter bezahlte Jobs an. Hauptsache, es ist mehr als Hartz IV und man ist raus aus dieser Mühle. Hartz IV hat immer das eine Ziel: Lohndumping! Der ver.di Vorsitzende Frank Bsirske bringt es auf den Punkt, das Geldvermögen verdoppelt sich, während die Massen-

einkommen fallen. Er fragt wie das zusammen passt. Ja es passt, nach einem Jahr Koalition aus CDU und SPD brummt die gigantische Umverteilungsmaschine weiter und das Bereicherungsprogramm für Kapitaleigner floriert. Bsirske zeigt Alternativen, es geht anders und besser – sein Vorschlag: Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt. Im Unterschied zum Investitionsprogramm der Bundesregierung von gerade mal 25 Milliarden Euro über die gesamte Legislaturperiode soll mit 20 Milliarden Euro pro Jahr begonnen und die Ausgaben binnen drei Jahren auf jährlich insgesamt 40 Milliarden Euro gesteigert werden. Zudem forderte Frank Bsirske den Anschluss an die westeuropäischen Standards mit gesetzlichen Mindestlöhnen und erinnert an die Praxis zwischen 7,01 Euro und 8,43 Euro Brutto pro Stunde von Irland bis Frankreich, von Großbritannien bis zu den Niederlanden, von Belgien bis Luxemburg.“

Neben mir steht ein unruhiger junger Mann, er ruft: „Was wollt Ihr ändern, tut was?“ In seiner Hand eine rote Fahne, darauf steht „Revolution“. Ein älterer Gewerkschaftler brummt: „Sei still!“

Auf der Rückfahrt kommen wir ins Gespräch, noch zu dünn unser Druck. Wir müssen mehr werden. Viele wurden noch nicht erreicht, eine Herausforderung weiter zu machen, gerade auch im Bündnis Mindestlohn. Auch wenn die Bundeskanzlerin einen flächendeckenden, einheitlichen Mindestlohn zu den Akten legen will. Die Argumente den Mindestlohn als Irrweg, „JobKiller“ und „ökonomischer Unsinn“ abzuwehren, sind immer weniger haltbar. Das Handelsblatt berichtete am 13. November über eine Studie der Arbeitsmarktforscher David Neumark und William Wascher, die nachweisen, dass seit Anfang der 90er Jahre immer mehr Ökonomen eine zunehmend positive Ansicht gegenüber Mindestlöhnen entwickelt haben. Nach einer Einschätzung des US-amerikanischen Economic Policy Institut (EPI) ist die These negativer Beschäftigungseffekte eines Mindestlohnes nicht mehr haltbar. Entscheidend wird sein, weiter an diesem Projekt zu arbeiten, das Bündnis-Mindestlohn Sachsen-Anhalt will dies im neuen Jahr tun.



Joachim Spaeth

ist Pressesprecher des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt.

Odo von Aktenrath

Abgeordneter

Lieber, sehr geehrter Ete,

die Zeit schreitet voran, aber leider – die Probleme, sie bleiben uns treu. Wie ich Ihnen bereits schrieb, will der Herr Innenminister das Land, stur auf eine wohl etwas unglücklich ausgehandelte Koalitionsvereinbarung pochend, mit Einheitsgemeinden zwangsbeglücken. Das bringt uns in schwieriges Gewässer, und wir kommen nicht so einfach aus diesem heraus. Dass da einer der eigenen Leute gleich den Rücktritt des Herrn Ministerpräsidenten verlangt, mag eine Marginalie am Rande sein, sie ward denn auch schnell aus der Welt. Der Herr Fraktionsvorsitzende beraumte flugs eine – selbstredend offene – Vertrauensabstimmung an, die ein klares Ergebnis brachte: Die Fraktion steht fest zum Herrn Ministerpräsidenten. Aber damit nicht genug. Die Linken wollten uns eine garstige Falle stellen, in namentlicher Abstimmung sollten wir uns dazu bekennen, dass Alternativen zu Einheitsgemeinden möglich bleiben sollen. Das findet in unseren Reihen ja durchaus Sympathien, wäre aber der offene Bruch des Koalitionsvertrags gewesen. Nun, der Falle konnten wir entgehen, das Problem aber bleibt ungelöst. Der Fraktionsvorsitzende der Linken zerpfückte höchst genüsslich den mit unserer kleinen Koalitionspartnerin ausgehandelten Kompromiss. Und leider muss ich neidlos anerkennen: Er tat dies höchst brillant. Das ganze bleibt schwierig, solange unsere kleine Koalitionspartnerin stur und völlig unflexibel auf den Koalitionsvertrag pocht. Wir werden öffentlich vorgeführt, das ist wahrlich nicht gut. Wenn sich dann noch ein Minister, nicht den eigenen Reihen entstammend, vor den Herrn Ministerpräsidenten und de facto gegen uns stellt, gleitet das schon ins Groteske ab. Die Sache muss zu Ende kommen, und das schnell.

Überhaupt, die Linke neigt derzeit dazu, uns öffentlich vorführen zu wollen, wo immer es ihr nur möglich scheint. Unsere Stiftung befasst sich regelmäßig mit Fragen des politischen Extremismus, und das ist auch gut und wichtig. Unglücklicherweise gab es da in einer Einladung die Interpretationsmöglichkeit, dass linker und rechter Extremismus quasi gleichgesetzt werden. Dass dann noch einer unserer Minister an prominenter Stelle agierte, machte die Sache ja in der Tat nicht einfacher. Die Linke erhob großes Geschrei, belästigte gar den Minister- wie den

Landtagspräsidenten mit einem offenen Brief, machte all das auch noch zum Thema im Landtag. Unglücklich vor allem deshalb, weil dies unserer kleinen Koalitionspartnerin erneut die Möglichkeit gab, sich von uns zu distanzieren. Sie tat es postwendend, und ich denke, auch dies hatten die Linken wohl in ihrem Kalkül. Im übrigen bin ich überzeugt, wir sollten der Linken nicht mit der Extremismuskeule begegnen, das ist hier im Lande nicht recht glaubwürdig. Wir brauchen deren politische Demontage, müssen sie immer wieder politisch unglaubwürdig machen – Ansatzpunkte liefern sie doch selbst genug, schon im Angesicht ihres inneren Zustandes. Aber das ist bei uns leider noch immer nicht mehrheitsfähig, was ich für unklug halte.

Nur ein Beispiel: Da legen die Linken dem Landtag ein neues Gesetz zur Kinderbetreuung vor, ein Dauerbrenner im Lande, wie ich mir berichten ließ. Das Gesetz ist so überflüssig wie ein Kropf, haben wir doch bekanntlich bundesweit die besten Regelungen in dieser Sache. Und da sollte es uns doch nicht schwer fallen, die Angelegenheit inhaltlich auseinander zu nehmen. Aber wenig qualifizierte Zwischenrufe, zu denen einige meiner Kolleginnen leider neigen, sind da nicht sonderlich hilfreich. Nein, wir hatten die Chance, unbezahlbare soziale Tagträumereien wie eine Seifenblase zerplatzen zu lassen, und die Chance haben wir mit einem einfalllosen Nein vertan. Für unsere kleine Koalitionspartnerin war die Sache natürlich wenig erquicklich, gab und gibt es doch hier auch ganz andere Auffassungen, aber gut – wir können natürlich ebenso auf den Koalitionsvertrag verweisen. Den Liberalen ist das natürlich nicht entgangen, sie haben es weidlich und mit sichtlichem Vergnügen ausgeschlachtet. Was bleibt ihnen sonst auch?

Vielleicht, lieber Ete, wundern Sie sich etwas, habe ich doch den Linken in meinen Betrachtungen recht viel Platz eingeräumt. Aber so stehen die Dinge hier ein einziges Mal, und es wird in der Tat Zeit, dass wir wieder klar in die Offensive kommen. Nun werden wir erst einmal den Landeshaushalt über die Bühne bringen, da droht keine Gefahr, die Mehrheiten stehen. Aber dazu demnächst mehr.

In freundlicher Verbundenheit
Ihr v. Aktenrath



L.U.S.T. im Merseburger Schlossgartensalon

Nein, keine Angst, war nichts Anstößiges. L.U.S.T. heißt Linker.Unternehmer. Stamm.Tisch. Er wurde vor sechs Jahren von Mitgliedern der PDS aus verschiedenen Kreisverbänden des südlichen Sachsen-Anhalts gegründet. Teilnehmer an diesem Stammtisch sind nicht nur Mitglieder und Sympathisanten der Linkspartei sondern auch Menschen, die bisher weniger mit der Linkspartei zu tun hatten.

Ende Oktober fand die zweite Unternehmerpräsentation dieser Art in Merseburg statt. Es war eine Veranstaltung, auf der sich mehr als zwanzig Unternehmen aus der Region präsentierten, die Einwohnern Merseburgs und der Umgebung Unterhaltung beim Kinder- und Familienfest bot und auf der politisch Interessierte an Diskussionsforen teilnehmen konnten. Veranstalter war die Fraktion Die Linkspartei.PDS/Grüne im Stadtrat Merseburg, Initiator war L.U.S.T. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Kreisverband Merseburg-Querfurt der Linkspartei.PDS.

Auf den zwei Diskussionsforen hatten die Besucher die Möglichkeit, mit Vertretern aus EU-Parlament und Landtag zu den Themen "Europäische Wirtschaftspolitik und die Regionen" sowie "Mindestlohn oder Kombilohn?" zu diskutieren. Unsere Gäste waren Edeltraud Rogeé, Dr. Frank Thiel und Dr. Helmut Markov. Vielen Dank für die Unterstützung.

| Jürgen Butzkies

Bildnachweis

www.aboutpixel.de (Titel, 4,6)
www.photocase.de (2,3)
Joachim Spaeth (3, 4, 13, 8, 10)
Martin Reso (5)
Cedric, 7 Jahre (9)
Uwe Walther (11)
Jürgen Butzkies (14)
Ute Fischer, privat (7)
Jana Müller (12, 9)
Antifaschistisches INFO-Blatt (10)

Leserbefragung

Seit vier Jahren erscheint das Landesmagazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt, der klartext. Eine ehrenamtliche Redaktion berät und entscheidet über Themen und Schwerpunkte. Helfen Sie uns dabei und nehmen Sie sich einige Minuten Zeit für eine Befragung unserer Leserinnen und Leser.

Wir bitten Sie um Ihre Meinung zum klartext.

Mehrfachnennungen sind in jedem Komplex (außer 6) möglich.

(Am besten benutzen Sie zum Ausfüllen einen Fineliner.)

1

Am besten hat mir die Titelseite gefallen von...



Ausgabe 5_2005



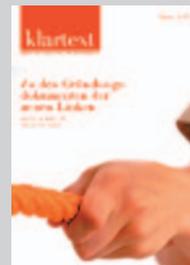
Ausgabe 1_2006



Ausgabe 2_2006



Ausgabe 3_2006



Ausgabe 4_2006

2

Ich bekomme den klartext...

- aus der Regional- oder Landesgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS.
- aus dem Wahlkreisbüro.
- mit der Post zugesandt.
- Ich lese den klartext im Internet.

Ich beziehe ihn

3

Ich lese gern...

- die Kolumne.
- das Interview.
- die Themenseiten.
- die Veranstaltungshinweise.

und/oder

4

Ich möchte mehr lesen über...

- Sozialpolitik.
- Wirtschaftspolitik.
- Frauenpolitik.
- Jugendpolitik.
- Geschichte.
- Internationales.
- Kultur /Gesellschaft.
- Sport.

Warum schreiben Sie nicht über

7

Ich lese auch...

- eine Tageszeitung.
- den disput.
- den Pressedienst.
- die „kleine Zeitung“ der Region.

und/oder

Vielen Dank für Ihre Antworten. Die Befragung ist anonym. Möchten Sie allerdings an unserer **Verlosung** teilnehmen, bitten wir Sie um Ihre Anschrift. Unter diesen Einsendern des Fragebogens verlosen wir zehnmal alle Ausgaben des klartext 2007 frei Haus per Post. (Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.)

Name

Straße

PLZ Ort

Den Fragebogen bitte einsenden an:

**Linkspartei.PDS
Redaktion klartext**

Anke Lohmann
Blumenstraße 16
06108 Halle

5

Mich interessieren besonders Artikel...

- zu innerparteilichen Debatten.
- zur Partieneubildung.
- zu aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen.
- zur Programmatik anderer Parteien.

und/oder zu

6

**Ich finde Satz und Gestaltung
(Schriftgröße, Layout, Bilder, Papier):**

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> sehr lesefreundlich. | <input type="checkbox"/> professionell / modern. |
| <input type="checkbox"/> gut lesbar. | <input type="checkbox"/> zeitgemäß. |
| <input type="checkbox"/> lesbar. | <input type="checkbox"/> akzeptabel. |
| <input type="checkbox"/> leseunfreundlich. | <input type="checkbox"/> altbacken. |
| <input type="checkbox"/> sehr leseunfreundlich. | <input type="checkbox"/> schrecklich. |

Bitte noch einige Angaben über Sie:

- Ich bin weiblich. Ich bin Jahre alt.
- Ich bin männlich.
- Ich bin arbeitslos.
- Ich bin Schüler/in oder Student/in.
- Ich bin Arbeiter/in oder Angestellte/r.
- Ich bin selbstständig.
- Ich bin Rentner/in.
- Ich habe einen Hochschul-/Universitätsabschluss.
- Ich bin Mitglied der Linkspartei.PDS.
- Ich bin kein Mitglied der Linkspartei.PDS.

Ich gebe den klartext an Nichtmitglieder weiter, weil...

Ich gebe den klartext an Nichtmitglieder bisher nicht weiter, weil...